

dem, aus Verlegenheit auf Märsche oder Lieder zurückgegriffen wird, deren Abspielen oder Absingen dem deutschen Namen in der Welt erneut und erheblich schaden kann.

Aus allen diesen Erwägungen haben die Mitglieder des Präsidiums und die Fraktionsvorsitzenden der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, der Provisorischen Volkskammer vorzuschlagen, die Becher-Eislersche Hymne zur Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik zu erklären. Jeder Satz dieser Hymne wird von jedem deutschen Patrioten freudig bejaht werden. Sobald in ganz Deutschland — was unser einheitlicher Wunsch ist — eine Abstimmung für die Schaffung eines einigen Deutschlands, für einen Friedensvertrag und für den ihm bald folgenden Abzug der Besatzungstruppen stattgefunden hat, wird der hiermit der Volksvertretung vorgeschlagene Beschluß der Bestätigung durch die gesamtdeutsche Bevölkerung unterworfen werden. Bis zu dem nach unser aller Hoffnung nicht mehr fernen Tage der Wiedervereinigung Deutschlands aber wollen wir dem ganzen deutschen Volke durch unsere weitere Arbeit für den Frieden weiter vorangehen auf dem Wege zu dem großen Ziele:

„daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint — und die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.“

Berlin, den 7. Februar 1950

Fraktions Vorsitzende:	Präsidium:
Wilh. Koenen	Dieckmann
Walter Rübeler	Hermann Matern
Paul Scholz	Jonny Löhr
Vincenz Müller	Elli Schmidt
August Bürde	Friede Malter
Herbert Warnke	Ebert
Dr. Ralph Liebler	Hoffmann
Alexander Aebisch	Geske

Behandelt: 10. Sitzung (8. Februar 1950)
Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 47

Anfrage der LDP-Fraktion der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

In Westdeutschland nimmt die Arbeitslosigkeit bedrohliche Formen an, die weite Kreise der Bevölkerung in ihren Lebensgrundlagen angreift. Die Deutsche Demokratische Republik ist dank ihrer Wirtschaftsplanung dieser Gefahr nicht ausgesetzt. Die Richtigkeit des Weges, den die Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Wirtschaftspolitik beschritten hat, wird damit bewiesen.

Die Deutsche Demokratische Republik, die mit Recht den Anspruch erhebt, die Interessen des gesamten deutschen Volkes zu vertreten, fühlt deshalb die Verpflichtung, sich auch des Problems der Arbeitslosigkeit im Westen anzunehmen.

Welche Möglichkeit sieht die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, ihrerseits der Not der Arbeitslosen in Westdeutschland entgegenzutreten?

Berlin, 7. Februar 1950

gez. Dr. Liebler
und die übrigen Mitglieder der LDP-Fraktion

Beantwortet: 11. Sitzung (9. Februar 1950)

Drucksache Nr. 48

Zusatz-Antrag des Jugendausschusses der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu Drucksache Nr. 42

Die Provisorische Volkskammer wolle beschließen: Abschnitt VII, Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„Gruppen von Jugendlichen und Kindern, die von Personen begleitet werden, die im Besitz eines Jugendleiter-Ausweises sind, ist bei Eisenbahnfahrten bei einer Entfernung unter 100 km 50 Prozent und für den 100 km übersteigenden Anteil der Fahrt 75 Prozent Fahrpreisermäßigung zu gewähren. Das gleiche gilt für Fahrten von Sportgruppen, die als aktive Teilnehmer zu Sportveranstaltungen fahren und mit einem entsprechenden Berechtigungsschein versehen sind.“

gez. E. Honecker

Vorsitzender des Jugendausschusses

Behandelt: 10. Sitzung (8. Februar 1950)
Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 49

Berichtigte Fassung

Antrag der CDU-Fraktion

Die Provisorische Volkskammer wolle beschließen:

Die sieben angeklagten Frauen und Männer im Demontagestopp-Prozeß in Hannover versichert die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ihrer Solidarität im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze für 120 000 Menschen.

Sie appelliert an sämtliche Länderparlamente und Landtagspräsidenten in Bayern, Württemberg-Baden, Hessen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Nieder Sachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Südwürttemberg - Hohenzollern und Baden, sich für die Immunität des Landtagsabgeordneten

Robert Lehmann

einzusetzen und gegen seine Verfolgung durch die britischen Militärbehörden schärfsten Protest zu erheben.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wird alle Bestrebungen unterstützen, die dazu dienen, den durch ein völkerrechtswidriges Verfahren Verfolgten zu helfen.

Die Angeklagten, von denen fünf zu langjährigen Zuchthaus- und Freiheitsstrafen zwischen 8 und 12 Jahren durch die Nazis verurteilt waren, sollen wissen, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sich mit ihnen eins fühlen in ihrem Kampf um nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

gez. Siebenpfeiffer
und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion

Behandelt: 11. Sitzung (9. Februar 1950)
Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 50

Antrag der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Die Provisorische Volkskammer wolle beschließen:

Gesetz

über die Errichtung der Deutschen Bauernbank

Die Landwirtschaft hat in den Volkswirtschaftsplänen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, zu deren